

Positionspapier: Zehn Thesen zur Ehrenamtskoordination

Dieses Positionspapier fasst die Ergebnisse einer nichtrepräsentativen Umfrage des Arbeitsausschusses Gesellschaftliche Teilhabe und Bürgerschaftliches Engagement der LAG-FW vom Sommer 2025 zur Finanzierung der Ehrenamtskoordination mit 253 Rückmeldungen aus Einrichtungen und Verbänden zusammen. Es spiegelt ein aktuelles Stimmungsbild wider und leitet konkrete Thesen sowie Forderungen für Verbände und Politik ab. Ziel ist es, die strukturellen Herausforderungen sichtbar zu machen und Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Fünf Thesen für Verbände

- Hauptamtliche Koordination ist unverzichtbar. Ein klar definierter Stundenumfang für EA-Koordination ist notwendig. Ein in der Praxis häufig vorhandenes „Nebenbei“ führt zu Überlastung und Qualitätsverlust.
- Ehrenamtskoordination muss als eigenständige Querschnittsaufgabe anerkannt werden. Sie ist nicht nur ein „Add-on“, sondern Bedingung unter anderem für gelingende Integration, Altenhilfe, Katastrophenschutz und Jugendarbeit. Qualifikationsmaßnahmen sind entsprechend durchzuführen.
- Eine Diversifizierung der Finanzierungsquellen ist für die Ehrenamtskoordination zwingend notwendig. Spenden, Projektmittel, Stiftungen und Lotterien allein sind aber dauerhaft nicht verlässlich. Der Einsatz von Eigenmitteln kann Lücken schließen. Sie sichern aber wegen ungewisser Einnahmeentwicklungen keine langfristige Planung.
- Eigenmittel stoßen an Grenzen. Rückläufige Kirchensteuern, sinkende Mitgliederzahlen und steigende Bürokratie belasten die Verbände – ohne öffentliche Grundfinanzierung ist die Arbeit perspektivisch nicht tragfähig.
- Kooperationspotenziale mit Kommunen und Kreisen sollten genutzt werden.

Fünf Thesen für Politik

- Ehrenamtskoordination ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Funktionierende Strukturen fördern und sichern das freiwillige Engagement, das ein wichtiger Bestandteil der sozialen Infrastruktur ist.
- Projektlogik gefährdet Nachhaltigkeit. Da viele Stellen nur projekt- oder befristet finanziert sind, wird viel Zeit für Mittelakquise gebunden, anstatt Ehrenamtliche zu gewinnen und zu koordinieren.
- Eine Landes- und kommunale Grundfinanzierung ist notwendig, schafft Planungssicherheit und entlastet Verbände von permanenter Mittelakquise. Eine regelhafte, institutionelle Finanzierung ist sinnvoller als kurzfristige Projektförderungen.
- Finanzierungsentscheidungen brauchen längere Laufzeiten. Kurzfristige Bewilligungen und kurze Laufzeiten schaffen Unsicherheit. Dauerhafte oder zumindest langfristige Zusagen sind notwendig.
- Bürokratie muss abgebaut werden. Steigende Nachweispflichten und komplizierte Förderlogiken binden Zeitressourcen und wirken dem Ziel der Förderung entgegen.

Fazit

Die Umfrage zeigt deutlich, dass ohne eine gesicherte Grundfinanzierung die Gefahr besteht, dass Ehrenamtskoordination nur „nebenbei“ läuft und ihre Wirkungskraft verliert. Verbände brauchen Planungssicherheit, Politik muss verlässliche Strukturen schaffen.

